

**Schriften zum Europäischen Recht**

---

**Band 7**

# **Föderalismus und Integrationsgewalt**

**Die Bundesrepublik Deutschland, Spanien, Italien  
und Belgien als dezentralisierte Staaten in der EG**

**Von**

**Hermann-Josef Blanke**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**HERMANN-JOSEF BLANKE**

**Föderalismus und Integrationsgewalt**

# **Schriften zum Europäischen Recht**

**Herausgegeben von**

**Siegfried Magiera und Detlef Merten**

**Band 7**

# **Föderalismus und Integrationsgewalt**

**Die Bundesrepublik Deutschland, Spanien, Italien  
und Belgien als dezentralisierte Staaten in der EG**

**Von**

**Hermann-Josef Blanke**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Blanke, Hermann-Josef:**

Föderalismus und Integrationsgewalt: die Bundesrepublik  
Deutschland, Spanien, Italien und Belgien als dezentralisierte  
Staaten in der EG / von Hermann-Josef Blanke. – Berlin:  
Duncker und Humblot, 1991

(Schriften zum Europäischen Recht; Bd. 7)

Zugl.: Osnabrück, Univ., Diss., 1990

ISBN 3-428-07113-1

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1991 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41  
Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61  
Printed in Germany

ISSN 0937-6305

ISBN 3-428-07113-1

*amicis – parentibus – magistris*



„Nicht die Zentralstaatsnation, sondern der föderale Gedanke prägt unseren Staat. Er ist es, der uns auch den Weg zu den Zielen unserer Verfassung ebnet. Wir wissen aus der Erfahrung unseres Volkes, daß die Eigenart seiner selbstbewußten föderalen Glieder nicht wegintegriert, sondern um der Heimatwurzeln der Menschen willen stärker werden kann, wenn das Land aus eigener Einsicht in neue Notwendigkeiten Befugnisse an höhere Ebenen abgibt. Wir werden es deshalb leichter haben als andere, wenn nach einem ähnlichen Modell eine neue politische Architektur in Europa entsteht . . .“\*

---

\* *Richard von Weizsäcker*, Ansprache des Bundespräsidenten: Vierzig Jahre Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland, Staatsakt am 24. 5. 1989, Bulletin der Bundesregierung Nr. 51 v. 25. 5. 1989, S. 445 (452).





## Vorwort

Die Idee zu einer Untersuchung föderativer Staatsstrukturen Westeuropas entstand anlässlich eines rechtsvergleichenden Seminars an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer im Sommersemester 1984. Eine Ergänzung erfuhr dieses Projekt durch die mir von meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Albrecht Weber, angesichts der Entwicklungen in Spanien und Belgien nahegelegte Analyse der Einwirkung des europäischen Gemeinschaftsrechts auf föderative Staatsstrukturen. Seinem steten Zuspruch und seinen Anregungen verdanke ich den zügigen Abschluß der Arbeit, die im Wintersemester 1989/90 dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück als Dissertation vorgelegt wurde.

Die vorliegende Veröffentlichung berücksichtigt den Stand der Literatur und Rechtsprechung vom Frühjahr 1991. Die am 15. Dezember 1990 eröffnete Regierungskonferenz zur Politischen Union, in deren Rahmen die deutschen Länder die Einführung einer dritten — regionalen — Ebene in die Verträge anstreben, wurde hinsichtlich ihrer regionalen Bezugspunkte berücksichtigt. Eingang fanden zudem die im Vorfeld der noch ausstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Verfahren über die Rundfunkrichtlinie im Schrifttum abgegebenen Stellungnahmen.

Zu danken habe ich Herrn Dr. Karl-Peter Sommermann für seinen fachkundigen Rat und seine bereitwillige Unterstützung. Den Damen und Herren Sabine Epperlein, Susanne Martens, Christoph Leibenath und Christian Merten sei für die wertvolle Hilfe bei der Beschaffung der Literatur und der Korrektur des Manuskripts gedankt. Frau Bosse-Lüken und Frau Miethe möchte ich für die Fertigstellung des maschinenschriftlichen Manuskripts danken.

Herrn Prof. Dr. Siegfried Magiera und Herrn Prof. Dr. Detlef Merten bin ich für die Aufnahme der Arbeit in die „Schriften zum Europäischen Recht“, dem Bundesminister des Innern für den gewährten Druckkostenzuschuß zu Dank verpflichtet.

Bonn, im Juli 1991

*Hermann-Josef Blanke*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Problemstellung</b> .....	29
------------------------------	----

## *Erster Teil*

### **(Prä-)Föderative Staatsstrukturen in den EG-Mitgliedstaaten Bundesrepublik Deutschland, Spanien, Italien und Belgien**

#### **I. Kapitel**

##### **Das föderalistische System der Bundesrepublik Deutschland**

I. Grundzüge der Bundesstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland .....	39
1. Die Staatsqualität von Bund und Ländern .....	40
2. Der Grundsatz der Bundestreue .....	41
3. Kompetenzverteilung .....	42
a) Grundsatz .....	42
b) Gesetzgebung .....	43
c) Verwaltung .....	45
d) Rechtsprechung .....	46
4. Das Homogenitätsprinzip .....	46
5. Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes auf die Länder .....	47
a) Die Bundesaufsicht .....	47
b) Der Bundeszwang .....	48
c) „Bundesrecht bricht Landesrecht“ .....	49
6. Mitwirkung der Länder bei der Bundeswillensbildung .....	49
7. Das Bundesverfassungsgericht als Garant des Bundesstaates .....	51
II. Aktuelle Probleme des deutschen Föderalismus .....	52
1. Unitarisierung .....	52
2. Der kooperative Föderalismus .....	54

#### **II. Kapitel**

##### **Der spanische Autonomiestaat**

I. Die historische Entwicklung der spanischen Autonomiestaatlichkeit .....	57
II. Allgemeine Kennzeichnung des spanischen Autonomiestaates nach der Verfassung von 1978 .....	60

III. Typen und Wege der Autonomie .....	63
IV. Organisation der Autonomen Gemeinschaften .....	66
V. Verbindliche Prinzipien für die autonome Kompetenzausübung .....	67
1. Das Kompetenzprinzip .....	67
2. Das Solidaritätsprinzip .....	69
3. Das Prinzip der „Verfassungstreue“ .....	70
4. Das Gleichheitsprinzip .....	71
5. Das Prinzip der Freizügigkeit und des freien Warenverkehrs .....	72
VI. Die territoriale Verfassung des Staates in formeller Hinsicht .....	73
VII. Die territoriale Verfassung des spanischen Staates in materieller Hinsicht ...	74
1. Staatliche Organe .....	74
a) Der Senat .....	74
b) Das Verfassungsgericht .....	74
2. Das System der legislativen Kompetenzverteilung .....	76
a) Die Regelung des Art. 148 CE .....	76
b) Die Regelung des Art. 149 CE .....	76
c) Der Kompetenzbegriff .....	81
d) Die Regelung des Art. 149 Abs. 3 CE .....	85
aa) Die Residualklausel .....	85
bb) Die Ergänzungs- und Kollisionsklausel .....	88
3. Die Verteilung der administrativen Vollzugskompetenzen zwischen Zentralstaat und AG .....	88
VIII. Das System der Beziehungen zwischen der zentralstaatlichen Rechtsordnung und den Rechtsordnungen der AG .....	89
1. Das Trennungs- oder Kompetenzprinzip .....	89
2. Die Prinzipien der Kooperation, Interferenz und Integration .....	90
a) Das Prinzip der Kooperation zwischen der zentralstaatlichen und der autonomen Rechtsordnung .....	91
aa) Die konkurrierende Gesetzgebung zwischen Staat und AG: Basisgesetzgebung und Ausführungsgesetzgebung .....	91
(1) Qualität und Rang der „grundlegenden Gesetze“ .....	94
(2) Die Struktur der Grundlagengesetzgebung .....	97
(3) Das Verhältnis von grundlegenden Gesetzen und Durchführungsgesetzen .....	99
bb) Die administrative Durchführung der staatlichen Gesetzgebung durch die AG .....	100
(1) Eigene staatliche Verwaltung .....	100
(2) Administrative Durchführungszuständigkeit des Zentralstaates in Ausnahmefällen .....	101
cc) Die Aufsichtszuständigkeit des Staates über die legislative und administrative Durchführung staatlicher Normen durch die AG .....	102

## Inhaltsverzeichnis

13

(1) Allgemeine Bedeutung und Notwendigkeit .....	102
(2) Verfassungsrechtliche Grundlagen und Reichweite .....	103
(3) Die Instrumente der unmittelbaren und mittelbaren Staatsaufsicht .....	105
dd) Vorbeugende Maßnahmen zur Gewährleistung einer grundlegenden Einheitlichkeit der Ausführung staatlicher Gesetzgebung .....	110
b) Die Interferenzbeziehungen zwischen beiden Rechtsordnungen ....	111
aa) Staatliche Delegationen zugunsten der AG .....	111
bb) Die staatliche Harmonisierungsgesetzgebung .....	112
cc) Der staatliche Zwang (Art. 155 CE) .....	113
c) Die Integrationsbeziehungen zwischen staatlicher und autonomer Rechtsordnung .....	114
aa) Die Vorrangklausel des staatlichen Rechts .....	114
(1) Die allgemeine Bedeutung der Vorrang- bzw. Kollisionsklausel .....	114
(2) Der Anwendungsbereich der Vorrangklausel .....	115
(3) Auswirkungen der Vorrangklausel .....	116
bb) Die Ergänzungsklausel .....	117
IX. Einordnung der Territorialstruktur des spanischen Staatssystems .....	117

## III. Kapitel

### Die regionale Staatsorganisationsstruktur der italienischen Republik

I. Die Entwicklung des italienischen Regionalismus .....	120
II. Die Funktion der Regionalstatute .....	127
III. Regionale Organisationsstruktur .....	128
1. Das Regionalparlament .....	128
2. Die Regionalregierung .....	129
3. Der Regionalpräsident .....	129
IV. Aufgaben der Regionen .....	130
1. Beteiligung an den Aufgaben des Gesamtstaates .....	130
2. Die Regelung interner Regionalangelegenheiten .....	131
a) Allgemeine Kennzeichnung der regionalen Gesetzgebungstätigkeit ..	131
b) Die primäre und „sub-primäre“ Gesetzgebungskompetenz (Gesetzgebungskompetenz ersten Grades) .....	132
c) Gesetzgebungszuständigkeiten der Regionen mit Sonderstatut .....	132
d) Gesetzgebungszuständigkeiten der Regionen mit Normalstatut .....	133
e) Die Schranken regionaler Gesetzgebungstätigkeit .....	134
aa) Die verfassungsgerichtlich überprüfbaren Begrenzungen jeglicher regionaler Gesetzgebungstätigkeit auf dem Gebiet abschließlicher wie auch konkurrierender Kompetenz (limiti di legittimità) .....	134
(1) Das Territorialitätsprinzip (limite territoriali) .....	134
(2) Prinzip der abschließend aufgezählten Kriterien (limite materiale) .....	134

(3) Weitere ungeschriebene Schranken .....	135
bb) Die verfassungsgerichtlich überprüfbaren Schranken der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenzen der Regionen mit Sonderstatut (limiti di legittimità) .....	135
(1) Die Begrenzung durch die Verfassung .....	136
(2) Die Begrenzung durch die „allgemeinen Grundsätze der Rechtsordnung des Staates“ .....	136
(3) Die Begrenzung durch die „Grundsatznormen über die wirtschaftlich-sozialen Reformen“ .....	137
(4) Die Begrenzung aufgrund der internationalen Verpflichtungen (limite degli obblighi internazionali) .....	138
cc) Die durch das staatliche Parlament überprüfbare Begrenzung der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit der Regionen mit Sonderstatut (limite di merito) .....	138
dd) Die Schranken der Gesetzgebungskompetenzen der Regionen mit Normalstatut .....	139
(1) Die staatliche Grundsatzgesetzgebung .....	139
(2) Das Wohl des Staates und das Interesse anderer Regionen ...	141
(3) Die Koordinierungsfunktion des Staates gemäß Art. 17 des Regionalfinanzgesetzes .....	142
f) Die regionalen Gesetzgebungskompetenzen aufgrund staatlicher Delegation (Gesetzgebungskompetenzen zweiten Grades) .....	143
aa) Regionen mit Sonderstatut .....	143
bb) Regionen mit Normalstatut .....	144
g) Die Verwaltungskompetenzen der Regionen .....	144
aa) Regionen mit Sonderstatut .....	144
bb) Regionen mit Normalstatut .....	144
V. Die Staatsaufsicht .....	145
VI. Die verfassungsrechtliche Kontrolle des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Regionen .....	147
VII. Wertende Gesamtbetrachtung .....	149

#### IV. Kapitel

#### Der belgische Bundesstaat

I. Die Entwicklung der belgischen Bundesstaatlichkeit .....	150
II. Die territoriale Struktur des belgischen Staates .....	152
III. Die Rechtsordnung der dezentralisierten Einheiten Belgiens .....	154
1. Die „dekretierende“ und die „anordnende“ Gewalt .....	154
2. Die Zuerkennung von Kompetenzen .....	155
a) Natur der Kompetenzen .....	155
b) Die Zuständigkeitsbereiche der Gemeinschaften und Regionen ...	158
aa) Die ausschließlichen Gemeinschaftsbefugnisse .....	158
bb) Die ausschließlichen Regionalbefugnisse .....	159

3. Die Exekutivgewalt .....	159
4. Die Organstruktur .....	160
5. Die Judikative .....	161
IV. Instrumente des kooperativen Föderalismus .....	162
V. Die Regelung von Kompetenzkonflikten .....	163
1. Natur der Kompetenzkonflikte .....	163
2. Präventive Verfahren .....	163
3. Die richterliche Konfliktbeilegung durch den Schiedshof .....	164
VI. Die Aufsicht des Staates über die Gemeinschaften und Regionen .....	165
VII. Einordnung der Territorialstruktur des belgischen Staatssystems .....	166

*Zweiter Teil*

**Verfassungsrechtliche Normierungen über auswärtige Angelegenheiten  
und Einschaltung der Regionen beim Abschluß und  
bei der Ausführung völkerrechtlicher Verträge**

V. Kapitel

**Bundesrepublik Deutschland**

I. Der Handlungsbereich des Art. 32 Abs. 1 GG .....	167
II. Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern .....	170
1. Zuständigkeitsverteilung hinsichtlich der Abschlußkompetenz .....	170
2. Zuständigkeitsverteilung bei der Ausführung völkerrechtlicher Verträge	173
a) Die Ausführung völkerrechtlicher Verträge in föderalen Staatswesen	173
b) Die Ausführung völkerrechtlicher Verträge in der Bundesrepublik Deutschland .....	175

VI. Kapitel

**Spanien**

I. Handlungsbereich des Art. 149 Abs. 1 Nr. 3 CE .....	181
II. Die Beteiligung der Autonomen Gemeinschaften beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge .....	184
III. Die Durchführung völkerrechtlicher Verträge in Spanien .....	187
1. Verfassungsrechtliche Normierungen .....	187
2. Die Bestimmungen der Autonomiestatute .....	190

VII. Kapitel

**Italien**

I. Verfassungsrechtliche Normierungen .....	197
II. Regionale Beteiligung beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge .....	198
III. Transformation und Vollzug völkerrechtlicher Verträge nach der italienischen Rechtsordnung .....	203
1. Ratifikationsgesetz und Erteilung des Anwendungsbefehls .....	203
2. Der innerstaatliche Vollzug nicht unmittelbar anwendbarer völkerrechtlicher Verträge .....	205



a) Die zentralistische These .....	205
b) Die Rechtsprechung des Corte Costituzionale zur Durchführung internationaler Verträge .....	208
c) Die regionalistische These .....	212

### VIII. Kapitel

#### Belgien

I. Verfassungsrechtliche Normierungen .....	217
II. Kompetenz der belgischen Gemeinschaften zum Vertragsabschluß bzw. zur Zustimmungserteilung .....	218
III. Die Beteiligung der Gemeinschaften bei Vertragsverhandlungen .....	221
IV. „Transformation“ völkerrechtlicher Verträge in Belgien .....	224
V. Die innerstaatliche Durchführung völkerrechtlicher Verträge in Belgien .	226

### *Dritter Teil*

## Ingerenz und Kompensation

### IX. Kapitel

#### Die Ingerenz nationaler Verfassungsentscheidungen für eine internationale Zusammenarbeit auf den regionalen Kompetenzbereich

I. Bundesrepublik Deutschland (Art. 24 Abs. 1 GG) .....	227
II. Spanien (Art. 93 S. 1 CE) .....	230
III. Italien (Art. 11 S. 2 CI) .....	233
IV. Belgien (Art. 25 bis CB) .....	236

### X. Kapitel

#### Die Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts auf den regionalen Kompetenzbereich

I. Das System der Kompetenzverteilung und -abschichtung zwischen EG und Mitgliedstaaten .....	237
1. Differenzierung nach dem Normtyp .....	237
2. Differenzierung nach dem Intensitätsgrad des Gemeinschaftsrechts ...	238
3. Differenzierung nach dem Spezialitätsgrad des primären Gemeinschaftsrechts .....	239
II. Die Bereiche regionaler Kompetenzeinbußen .....	242
1. Konkrete Kompetenzbeeinträchtigungen der Bundesländer .....	242
a) Der Kultur- und Medienbereich .....	243
b) Weitere Eingriffsbereiche .....	248
c) Kompetenzbeeinträchtigungen der Länder im Bereich der Rechtsprechung und Verwaltung .....	249

2. Kompetenzbeeinträchtigungen der spanischen AG .....	249
3. Kompetenzbeeinträchtigungen der italienischen Regionen .....	251
4. Kompetenzbeeinträchtigungen der belgischen Gemeinschaften und Regionen .....	253

XI. Kapitel

**Kompensation regionaler Kompetenzverluste**

*Vierter Teil*

**Die regionale Beteiligung in der aufsteigenden Phase**

XII. Kapitel

**Die Beteiligung der Bundesländer**

I. Innerstaatliche Beteiligung .....	263
II. Die Beteiligung des Bundesrates an der europäischen Integration .....	268
III. Direkte EG-Kontakte der Länder .....	272
1. Teilnahme an EG-Verhandlungen .....	272
2. Der Länderbeobachter .....	273
3. Die Brüsseler Länderbüros .....	274

XIII. Kapitel

**Die Beteiligung der AG**

I. Die staatliche Verantwortung für die auswärtigen Angelegenheiten .....	277
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Teilnahme der Autonomien an Gemeinschaftsentscheidungen .....	277
III. Vorschläge für eine indirekte Beteiligung der Autonomien an Gemeinschaftsentscheidungen .....	280
IV. Die direkte Beteiligung der Autonomien am Gemeinschaftsentscheidungsprozeß .....	281
1. Direkte Beziehungen der AG mit Gemeinschaftsorganen .....	282
2. Der Beobachter der Autonomen Gemeinschaften .....	282
V. Chancen der Realisierung einer Beteiligung der AG .....	283

XIV. Kapitel

**Die Beteiligung der italienischen Regionen**

I. Die innerstaatliche Beteiligung der Regionen .....	284
II. Direkte Beziehungen zwischen Regionen und EG .....	286
III. Ausbau regionaler Beteiligungsformen .....	286

XV. Kapitel

**Die Beteiligung der belgischen Regionen und Gemeinschaften**

I. Innerstaatliche Beteiligung .....	289
II. Unmittelbare Kontaktaufnahme .....	290

*Fünfter Teil***Die dezentralisierte Durchführung des Gemeinschaftsrechts  
im innerstaatlichen Bereich****XVI. Kapitel****Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten**

I. Die innerstaatliche Geltung gemeinschaftsrechtlicher Rechtsakte .....	291
II. Vollzugstypen .....	292

**XVII. Kapitel****Die Durchführung des Gemeinschaftsrechts  
durch die deutschen Länder**

I. Die Bedeutung des Bundesstaatsprinzips .....	293
1. Verteilung der legislativen Ausführungskompetenzen .....	293
a) Zuständigkeit des Bundes aus Art. 24 Abs. 1 GG .....	293
b) Bundeskompetenz im Bereich „auswärtiger Beziehungen“? .....	294
c) Durchführungskompetenz aus Art. 32 Abs. 1 GG? .....	295
d) Ungeschriebene Bundeskompetenzen? .....	296
e) Ausschließliche oder konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis des Bundes? .....	296
2. Binnenstaatliche Kompetenzverteilung für den Verwaltungsvollzug ...	297
3. Direkte oder analoge Anwendung der Art. 83 ff. GG? .....	299
II. Rechtsstaatliche Anforderungen .....	300
1. Der Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes .....	300
2. Der Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes .....	300

**XVIII. Kapitel****Die Durchführung des Gemeinschaftsrechts durch die AG**

I. Zuständigkeit des Zentralstaats aus Art. 149 Abs. 1 Nr. 3 oder 93 CE? .....	301
II. Generelle Durchführungskompetenz der AG? .....	307
III. Möglichkeiten einer innerstaatlichen Harmonisierung der dezentralisierten Durchführungszuständigkeit .....	308
1. Die staatliche Kompetenzdelegation gem. Art. 150 Abs. 2 CE .....	309
2. Der Entwurf über ein Abkommen zwischen der Zentralregierung und den AG .....	309
IV. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts in der spanischen Rechtsordnung ....	311
V. Die normative Durchführung des Gemeinschaftsrechts .....	311
1. Normative Durchführung des Gemeinschaftsrechts bei ausschließlichen Kompetenzen der AG .....	312
2. Normative Durchführung des Gemeinschaftsrechts bei geteilter Gesetzgebungskompetenz .....	312
VI. Die administrative Durchführung des Gemeinschaftsrechts .....	315
VII. Der Vorbehalt des Gesetzes .....	317

**XIX. Kapitel**

**Die Durchführung des Gemeinschaftsrechts durch die italienischen Regionen**

I. Die Entwicklung einer Regionalbeteiligung in der deszendierenden Phase	319
II. Kritik der „Regionalisten“ .....	326

**XX. Kapitel**

**Die Durchführung des Gemeinschaftsrechts durch die belgischen Gemeinschaften und Regionen**

I. Staatspraxis .....	331
II. Kritik .....	331

*Sechster Teil*

**Die Überwachung der dezentralisierten Durchführung des Gemeinschaftsrechts**

**XXI. Kapitel**

**Die gemeinschaftsrechtliche und innerstaatliche Kontrolltätigkeit**

I. Die innerstaatliche Kontrolltätigkeit .....	336
II. Die Kontrolle durch die Gemeinschaftsorgane .....	337

**XXII. Kapitel**

**Die innerstaatliche Durchführungskontrolle in der Bundesrepublik Deutschland**

I. Verpflichtung der Bundesländer zur Ausführung des Gemeinschaftsrechts?	338
II. Durchsetzungsmechanismen des Bundes .....	340
1. Legislative Durchführung .....	340
2. Verwaltungsvollzug .....	342

**XXIII. Kapitel**

**Die innerstaatliche Durchführungskontrolle in Spanien**

I. Verpflichtung der AG zum Vollzug des Gemeinschaftsrechts? .....	343
II. Zentralstaatliche Aufsicht .....	345
1. Vorbeugende Maßnahmen .....	345
a) Vorbeugende Kontrolle durch Einschaltung des Staatsrates .....	345
b) Die Ergänzungswirkung des staatlichen Rechts .....	345
2. Die nachträgliche Kontrolle .....	348
a) Die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit und der Rechtmäßigkeit der Rechtssetzungsakte der AG (Art. 153 CE) .....	348
b) Die Harmonisierungsgesetzgebung (Art. 150 Abs. 3 CE) .....	349
c) Der „Bundeszwang“ (Art. 155 CE) .....	351

## XXIV. Kapitel

**Die innerstaatliche Durchführungskontrolle in Italien**

I. Verpflichtung der Regionen zur Durchführung des Gemeinschaftsrechts? ...	353
II. Die staatliche Ersatzgesetzgebungsbefugnis .....	353
III. Kritik .....	354

## XXV. Kapitel

**Die innerstaatliche Durchführungskontrolle in Belgien**

I. Regionale Vollzugsverpflichtung? .....	356
II. Überwachungs- und Eingriffsmöglichkeiten des Zentralstaates .....	356

*Siebter Teil***Rechtsvergleichende Bewertung**

## XXVI. Kapitel

**Der föderative Befund**

I. Kriterien der Bundesstaatlichkeit .....	358
II. Föderativer Strukturvergleich .....	361

## XXVII. Kapitel

**Föderative Staatsstrukturen und Europäisches Gemeinschaftsrecht**

I. Prinzipien der Kompetenzabgrenzung .....	370
II. Das Problem der Kompetenzabgrenzung am Beispiel der Rundfunkrichtlinie .....	384
III. Operativer Föderalismuschutz .....	387

## XXVIII. Kapitel

**Regionale Partizipation im gemeinschaftsrechtlichen Kontext**

I. Nationale Außenkompetenz und gemeinschaftsrechtsbezogene Regionalbeteiligung .....	392
II. Die innerstaatlichen Beteiligungsformen .....	393
1. Die Beteiligung in der aufsteigenden Phase .....	393
2. Die Beteiligung in der absteigenden Phase und die innerstaatliche Durchführungskontrolle .....	398
III. Direkte Kontakte der Regionen mit der EG .....	402
IV. Kompensation durch Partizipation? .....	403
V. Stellung der Regionen in einer zukünftigen Gemeinschaftsverfassung ...	408
1. Entflechtung statt Verflechtung? .....	408
2. Institutionelle Konsequenzen .....	410
3. Ausblick .....	412

**Anhang**

I. Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft ..	413
II. Gesetz zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 28. Februar 1986 .....	413
III. Bund-Länder-Vereinbarung .....	414
IV. Abkommen über den Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften .....	418
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>421</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
abgedr.	abgedruckt
Abs.	Absatz
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abschn.	Abschnitt
AG	Autonome Gemeinschaft(en)
AK	Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentare)
amerik.	amerikanisch
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Administration Publique
Art.	Artikel
AVR	Archiv für Völkerrecht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
Bde.	Bände
BFH	Bundesfinanzhof
betr.	betreffend
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BJC	Boletín de Jurisprudencia Constitucional (hrsg. vom Studienstudienamt der Cortes Generales)
BK	Bonner Kommentar
BR	Bundesrat
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BOE	Boletín Oficial del Estado (Spanisches Amtsblatt)
BT	Bundestag
BV	Bundesverfassung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

CA	Cour d'arbitrage
CB	Constitution Belge
CC	Corte Costituzionale (der italienische Verfassungsgerichtshof)
CDE	Cahiers de Droit Européen
CE	Constitución Española (Spanische Verfassung)
CI	Costituzione Italiana (Italienische Verfassung)
CMLR	Common Market Law Review
DA	Documentación Administrativa
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
D. L. P.	Decreto Legge del Presidente
Doc.	Document
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
D. P. R.	Decreto del Presidente della Repubblica
Drs.	Drucksache
DtGVR	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht
DVBt.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entscheidung
EA	Europa-Archiv
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft v. 25. März 1957
ebd.	ebenda
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEAG	Gesetz v. 19. Dezember 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte v. 28. Februar 1986
EG	Europäische Gemeinschaften
e. g.	exempli gratia
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl v. 18. April 1951
endg.	endgültig
Est. and.	Estatuto de Autonomía para Andalucía (Autonomiestatut für Andalusien)
Est. arag.	Estatuto de Autonomía de Aragón (Autonomiestatut von Aragon)
Est. ast.	Estatuto de Autonomía para Asturias (Autonomiestatut für Asturien)
Est. cant.	Estatuto de Autonomía para Cantabria (Autonomiestatut für Kantabrien)
Est. cat.	Estatuto de Autonomía de Cataluña (Autonomiestatut von Katalonien)



Est. C. L.	Estatuto de Autonomía de Castilla y León (Autonomiestatut von Kastilien-León)
Est. C.-L. M.	Estatuto de Autonomía de Castilla-La Mancha (Autonomiestatut von Kastilien-Mancha)
Est. Ex.	Estatuto de Autonomía de Extremadura (Autonomiestatut von Extremadura)
Est. gall.	Estatuto de Autonomía para Galicia (Autonomiestatut für Galizien)
Est. I. B.	Estatuto de Autonomía para las Islas Baleares (Autonomiestatut für die Balearen)
Est. I. C.	Estatuto de Autonomía de Canarias (Autonomiestatut der Kanarischen Inseln)
Est. L. R.	Estatuto de Autonomía de La Rioja (Autonomiestatut von Rioja)
Est. madr.	Estatuto de Autonomía de la Comunidad de Madrid (Autonomiestatut der Gemeinschaft von Madrid)
Est. murc.	Estatuto de Autonomía para la Región de Murcia (Autonomiestatut für die Region Murcia)
Est. nav.	Estatuto de Autonomía de Navarra (Autonomiestatut von Navarra)
Est. P. V.	Estatuto de Autonomía para el Pais Vasco (Autonomiestatut für das Baskenland)
Est. val.	Estatuto de Autonomía de la Comunidad Valenciana (Autonomiestatut der Gemeinschaft Valencia)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuR	Europarecht
evtl.	eventuell
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft v. 25. März 1957
f.	folgende Seite
FAZ	Frankfurter Allgemeine
ff.	fortfolgende (Seiten)
FI	Foro Italiano
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
GeschO	Geschäftsordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung
GI	Giurisprudenza Italiana
Giur. cost.	Giurisprudenza costituzionale
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GU	Gazzetta Ufficiale (Italienisches Amtsblatt)
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
i. d. F.	in der Fassung

i. d. S.	in diesem Sinne
ILC	International Law Commission
insbes.	insbesondere
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
IYIL	The Italian Yearbook of International Law
JA	Juristische Arbeitsblätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JöR N. F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Neue Folge)
JT	Journal des Tribunaux
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KSE	Kölner Schriften zum Europarecht
lit.	littera
LO	Ley Orgánica (Organgesetz)
LOTIC	Ley Orgánica del Tribunal Constitucional vom 3. Oktober 1979
MBI. NW	Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MittHV	Mitteilungen des Hochschulverbandes
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBL	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
OGDG	Gesetz v. 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen der deutschen Gemeinschaft
OGRI	Ordentliches Gesetz v. 9. August 1980 zur Reform der Institutionen
ÖZöRV	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
Parl.	Parlament
PD	Politica del Diritto
P. P. I.	Partito Popolare Italiano
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PVS	Politische Vierteljahresschrift
Racc. Uff.	Raccolta Ufficiale
RAP	Revista de Administración Pública
RBDI	Revue belge de droit international
RDI	Rivista di diritto internazionale
RDIPP	Rivista di Diritto Internazionale Privato e Processuale
RDP	Revista de Derecho Político
RDPSP	Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger
REA	Revista de Estudios Andaluces
REDA	Revista Española de Derecho Administrativo

REDC	Revista Española de Derecho Constitucional
REDI	Revista Española de Derecho Internacional
REI	Revista des Estudios Internacionales
REP (N. E.)	Revista de Estudios Políticos (Nueva Epoca)
R. Fac. Dcho. U. Complutense	Revista de la Facultad de Derecho de la Universidad Complutense
RFSP	Revue française de science politique
RISA	Revue Internationale des Sciences Administratives
RIW/AWD	Recht der Internationalen Wirtschaft/Außenwirtschaftsdienst
RMC	Revue du Marché Commun
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtsache
RTDP	Rivista Trimestrale di Diritto Pubblico
S.	Satz; Seite
sec.	section
SGB	Sondergesetz v. 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen
SGCA	Sondergesetz v. 7. Januar 1988 über den Schiedshof
SGRI	Sondergesetz v. 8. August 1980 zur Reform der Institutionen (i. d. F. v. 8. August 1988)
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
sog.	sogenannt(e-er-es-en)
Sp.	Spalte
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional (Urteil des spanischen Verfassungsgerichts)
Sten. Prot.	Stenographisches Protokoll
St. F. V. G.	Statuto Friuli-Venezia-Giulia (Statut von Friaul-Julisch-Venetien)
St. piemont.	Statuto piemontese (Statut von Piemont)
St. sard.	Statuto sardo (Statut von Sardinien)
St. sic.	Statuto siciliano (Statut von Sizilien)
St. T. A. A.	Statuto Trentino Alto Adigio (Statut von Trient-Oberetsch)
St. V. A.	Statuto Valle d'Aosta (Statut des Aostatals)
St. venez.	Statuto veneziano (Statut von Venetien)
Supl.	Suplemento
Suppl.	Supplemento
Suppl. ord.	Supplemento ordinario
u.	und
u. a.	und andere; unter anderem
U. S.	United States (of America)
u. U.	unter Umständen
v.	von; vom
VerfG	Verfassungsgericht
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau

VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
w. N.	weitere Nachweise
WRV	Weimarer Reichsverfassung
YILC	Yearbook of the International Law Commission
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZE	zwischenstaatliche Einrichtung
Ziff.	Ziffer
ZParl.	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, Film und Recht
ZVS	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen



## Problemstellung

Föderalismus im nationalen Raum und Integrationsprozesse auf supranationaler Ebene werfen schon seit den Anfängen der Europäischen Gemeinschaften (EG) die Frage der verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Kompatibilität dieser beiden scheinbar dichotomen Vorgänge auf<sup>1</sup>. Bereits 1951 sah der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident *Karl Arnold* die Gefahr, daß die Länder von der Mitwirkung an europäischen Angelegenheiten ausgeschlossen und zu „reinen Verwaltungseinheiten herabgedrückt“ werden<sup>2</sup>.

Konnte insofern aber bis vor einem Jahrzehnt noch von einem singulär deutschen Problem gesprochen werden, kommt diesem heute bereits angesichts der Föderalisierungstendenzen in verschiedenen Mitgliedsländern der Zwölferegemeinschaft eine weit über den nationalen Bereich hinausragende Bedeutung zu<sup>3</sup>, die sich in nationalen Verfassungsentscheidungen für eine „offene Staatlichkeit“<sup>4</sup> einerseits und für eine innerstaatliche politische Dezentralisierung andererseits widerspiegelt. An Brisanz gewinnt es noch dadurch, daß das Phänomen der zunehmenden Ausweitung dezentralisierter mitgliedstaatlicher Territorialstrukturen Auswirkungen auf die mögliche Fortentwicklung der Gemeinschaft zu einer Europäischen Union haben kann. Selbst wenn man davon ausgeht, daß das klassische Begriffsschema *Staatenbund* oder *Bundesstaat* die notwendige Besonderheit eines sich entwickelnden Verbandes aus derzeit zwölf europäischen Staaten nicht hinreichend zu erfassen vermag<sup>5</sup>, ist die Existenz dezentralisierter

<sup>1</sup> Vgl. *Hrbek*, Politikverflechtung macht an den Grenzen nicht halt, S. 38-43.

<sup>2</sup> BR, 61. Sitzungsbericht v. 27. 6. 1951, S. 445 (D).

<sup>3</sup> Vgl. *Everling*, EuR 23 (1988), S. 343; *Stammen*, S. 175; Die zunehmende Bedeutung des Problems spiegelt sich auch in einer Vielzahl von Tagungen mit einer entsprechenden Themenstellung, vgl. etwa: „La inserción de las regiones en la Europa de mañana“, Barcelona, 10.-12. 3. 1987; „Bundesländer und Europäische Gemeinschaft“, Speyer, 30. 9.-2. 10. 1987; 28. Tagung der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fachrichtung „Öffentliches Recht“, Themenkreis 1: „Bundesstaatliche Ordnung und europäische Integration“, Trier, 15.-18. 3. 1988; „Die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Spanien 1992 — Die Rolle der Länder und Comunidades Autónomas im Europäischen Integrationsprozeß“, München, 8./9. 6. 1989; „Rechtsfragen des Gemeinsamen Marktes: Die Betroffenheit der deutschen Bundesländer durch den europäischen Integrationsprozeß“, Universidad Pelayo de Santander, 19.-21. 7. 1989; „Föderalismus und Regionalismus in Europa“, Bonn, 14.-6. 9. 1989 (vgl. hierzu *Di Fabio*, DVBl. 1989, S. 1238 ff.); „Föderalismus und Europäische Gemeinschaften — unter besonderer Berücksichtigung von Umwelt und Gesundheit, Kultur und Bildung“. Deutsch-österreichisches-spanisches Symposium, Speyer, 19.-21. 3. 1990.

<sup>4</sup> Vgl. *K. Vogel*, S. 42.

<sup>5</sup> Vgl. *Bieber*, in: *Beutler / Bieber / Pipkorn / Streil*, 17.4 (S. 559); ähnlich *Ipsen*, EuR 22 (1987), S. 212 f. Für *Stern*, Staatsrecht I, § 19 I 3 (S. 650), ist ein vereinigtes Europa hingegen nur in föderativer Form denkbar.

mitgliedstaatlicher Einheiten als Faktor für die „wahrscheinliche Entwicklungstendenz der EG zu einem Gebilde von geographisch und sektoriell unterschiedlicher Integrationsdichte, in dem integrierende und koordinierende Faktoren sich verzahnen“<sup>6</sup>, hierbei in Rechnung zu stellen. Zugleich wird aber die sich auf Gemeinschaftsebene momentan vollziehende „stille Revolution“, in deren Folge nach den Worten *Jacques Delors*<sup>7</sup> im Jahre „1993 mindestens 80 Prozent der Wirtschafts-, Finanz- und vielleicht Sozialgesetzgebung“ von Brüssel aus erfolgt, erhebliche Auswirkungen auf die innerstaatlichen Normsetzungs- und Anwendungsverfahren und damit auf die Kompetenzen regionaler Gebietskörperschaften haben<sup>8</sup>.

Deutliche Dezentralisierungs- und Föderalisierungstendenzen lassen sich in einigen Mitgliedstaaten der EG schon seit etlichen Jahren ausmachen<sup>9</sup>. So sind in Spanien aufgrund der Verfassung vom 29. Dezember 1978 siebzehn Autonome Gemeinschaften entstanden, die entsprechend dem in Art. 2 i.V. m. Art. 137 CE garantierten Recht auf Autonomie eigene Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen besitzen. In Italien hat die Konstituante in einem der ausführlichsten Abschnitte der Verfassung (Art. 114 bis 133 CI) eine Regionalisierung Italiens beschlossen, welche als Mittelweg zwischen Einheits- und Bundesstaat angesehen wird<sup>10</sup>. Die Verfassung verordnete hier die Errichtung von fünf Regionen mit Sonderstatut, d. h. mit erheblich erweiterten Kompetenzen gegenüber den anderen fünfzehn Regionen mit einem bloßen Normalstatut. Schließlich hat Belgien durch die drei Verfassungsreformen von 1970, 1980 und 1988 eine Neugestaltung des Staates vollzogen, wobei den (Sprach)Gemeinschaften einerseits sowie den Landesteilen (Regionen) Flandern und Wallonien und der besonderen Region Brüssel andererseits im Rahmen eines Föderalisierungsprozesses Kompetenzen übertragen wurden, die bisher vom Zentralstaat wahrgenommen wurden. Gemeinsam ist allen diesen dezentralisierten Einheiten, daß sie — wie zu zeigen sein wird — keine Staaten bilden und mithin nicht das Recht besitzen, sich aus einem eigenständigen „pouvoir constituant“ eine Verfassung zu geben. Im Gegensatz dazu steht die jeweilige Staatlichkeit von Bund und Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, die im Kreis der zwölf Mitgliedstaaten der EG weiterhin der einzige Staat ist, der in der Verfassung als Bundesstaat definiert wird. Damit ist die Bundesstaatlichkeit als verfassungsrechtliches Struktur- und Organisationsprinzip grundgesetzlich festgelegt. Zugleich erfährt diese verfassungsrechtliche Normierung durch Art. 79 Abs. 3 GG eine Bestands- und Unantastbarkeitsgarantie.

<sup>6</sup> *Bieber*, ebd.

<sup>7</sup> Vor dem Europäischen Parlament am 15.6.1988, Verhandlungen des EP, Anhang 2, Nr. 2-366/172.

<sup>8</sup> Auf die geringe öffentliche Resonanz dieses Prozesses verweisen zu Recht *Oschatz / Risse*, DÖV 1989, S. 509.

<sup>9</sup> Vgl. *Hrbek*, Bundesländer und Regionalismus, S. 130 f. *Keating / Jones*, Regions in the European Communities; *Stammen*, Das Phänomen des europäischen Regionalismus, 163 ff.

<sup>10</sup> Vgl. *Tomuschat*, Die Verwaltung 6 (1973), S. 169

Ungeachtet dieses Unterschieds weisen die territorialen Einheiten der genannten EG-Mitgliedstaaten jedoch erhebliche Gemeinsamkeiten auf, die Anlaß zu der Frage nach ihrer Rolle und ihren Aufgaben im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses geben: zum einen können sie alle — gleich ob im nationalen Verfassungstext als Länder, Autonome Gemeinschaften oder Regionen definiert — aufgrund ihrer jeweiligen geographischen Gegebenheiten, ihrer ethnischen, sprachlichen oder religiösen Gemeinsamkeit, ihrer gemeinsamen historischen Vergangenheit, aber auch ihrer wirtschaftlichen, das jeweilige Territorium prägenden Struktur als *Regionen* in einem umfassenden Sinn definiert werden<sup>11</sup>, wobei oftmals mehrere Merkmale bei einer bestimmten Region zusammenfallen. Zum anderen verfügen sie alle — wie darzustellen — über ein gewisses Maß an legislativer Autonomie, was ihnen einen Raum eigenständiger Gestaltungsbezugnis und -fähigkeit eröffnet und sie damit als politisch dezentralisierte Einheiten ausweist<sup>12</sup>. Im Hinblick auf diese rechtliche und funktionale Qualität heben sich die Regionen der hier zu behandelnden vier EG-Mitgliedsländer von bloßen Verwaltungseinheiten ab, wie sie in der Gemeinschaft in Frankreich und Großbritannien anzutreffen sind. Verwaltungsregionen werden zum Zweck von primär wirtschaftlicher und politischer Planung und Verwaltung als — künstliche — Konstruktionen geschaffen. Solche Regionen, die als dezentrale Verwaltungseinheiten an anderer Stelle getroffene Entscheidungen vollziehen, sind Objekt *von* und Rahmen *für* Planung und Verwaltung<sup>13</sup>. In Großbritannien wie in Frankreich trägt diese verwaltungsmäßige Dezentralisierung der Forderung nach größerer Unabhängigkeit und größerer Berücksichtigung der Landesteile Schottland und Wales<sup>14</sup> bzw. der 1972 geschaffenen regionalen französischen Gebietskörperschaften<sup>15</sup> Rechnung. Dieses qualitative Minus an Autonomie der Verwaltungsregionen läßt sie für eine Rechtsvergleichung, die die Rolle präföderativ bzw. föderativ organisierter Einheiten im europäischen Integrationsprozeß zum Gegenstand hat, als ungeeignet erscheinen. Eine vergleichende Analyse der kompetenziellen Betroffenheit dieser Einheiten durch Internationalisierung und Supranationalisierung, die ihren Ausgangspunkt in der Bundesrepublik Deutschland nimmt, setzt ebenso wie die Frage des Ausgleichs von Kompetenzverlusten ein zumindest annähernd vergleichbares Maß an legislativer, also politischer und nicht nur verwaltungsmäßiger Autonomie voraus, die mithin eine gewisse Verselbständi-

<sup>11</sup> *Hrbek*, ebd., S. 136; *Stammen*, S. 170 f. Vgl. auch die Definition der Regionen in Art. 2 der vom Europäischen Parlament vorgelegten Gemeinschaftscharta der Regionalisierung, ABIEG 1988 C 326/296.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu *Molina del Pozo*, REP 43 (1985), S. 95.

<sup>13</sup> *Hrbek*, ebd., S. 136.

<sup>14</sup> Vgl. *Gowan*, S. 50 ff.; *Johnson*, S. 314; *Malanczuk*, ZaöRV 41 (1981), S. 133 ff., 140 ff.; *Smith*, S. 55 ff.; *Stammen*, S. 179 f.; ferner *Bothe*, Die Kompetenzstruktur, S. 29, der darauf hinweist, daß die Autonomie von Schottland und Wales (*devolution*) jederzeit durch das Parlament widerrufbar ist.

<sup>15</sup> Vgl. *Constantinesco*, S. 204 ff.; *Miller*, DÖV 1986, S. 143 ff. (144). Eine vollständige Liste aller Dezentralisierungsgesetze findet sich bei Fromont, DÖV 1983, S. 397 ff.; aktualisiert in: *ders.*, DVBl. 1985, S. 421 ff.